

# unsere zeit

25 Cent

# EXTRA



# Die Reichen endlich müssen zahlen



## Das fordert die DKP

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
- ★ Leiharbeit verbieten!
- ★ Erhöhung der Massenkaufkraft vor allem durch höhere Löhne, Gehälter und Renten, mehr Arbeitslosengeld, ein Mindestlohn von 10 Euro sowie ein höheres Bafög!
- ★ Hartz IV muss weg!

**D**ie Proteste der sozialen Bewegungen und Gewerkschaften gegen den Sparkurs von Bundes- und Länderregierungen in dieser Republik sind noch in guter Erinnerung. Unter dem Motto „Gerecht geht anders“ und „Wir zahlen nicht für eure Krise“ gingen seit 2008 Hunderttausende auf die Straßen.

In diesem Herbst wird in Demonstrationen und Aktionen eines breiten Bündnisses der Forderung nach Umverteilung des übergroßen Reichtums und der Besteuerung der Finanzspekulation Nachdruck verliehen.

Nicht nur der Vorsitzende der Gewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, hat festgestellt, dass die „Zeit reif für Umverteilung“ ist. Durch die immer stärkere Aushöhlung und den Abbau sozialer Rechte, den



**Bettina Jürgensen**  
Vorsitzende der DKP

rigideren Sparkurs werden immer mehr Menschen ins Abseits und soziale Elend gestoßen.

Doch nicht nur die Arbeitsbedingungen werden den Profitinte-

ressen der Konzerne und dem Geldhunger des Finanzkapitals unterworfen, betroffen sind die gesamten Lebensbedingungen. Die sogenannte „Ellenbogengesellschaft“ macht sich breiter. Aus- und Abgrenzung gegenüber dem vermeintlich Schwächeren nehmen im Beruf, in der Schule, Universität und in der Freizeit zu.

Mit dem für EU-Europa angestrebten „Fiskalpakt“ wird diese Politik verschärft: Die Krise wird nicht beendet, sie wird vertieft und noch mehr Arbeitslosigkeit und Armut verursachen. Der „Fiskalpakt“ ist eine Kriegserklärung zur Zerstörung öffentlicher sozialer Dienstleistungen und grundlegender Rechte in den Betrieben, sozialer und politischer Rechte der BürgerInnen Europas. Dabei wird sich der Anteil des gesellschaftlich

geschaffenen Reichtums erhöhen, der in die Taschen der Reichen und auf die Konten der Banken und Konzerne fließt.

Das, was sich in Griechenland, in Spanien und anderen Ländern vollzieht, verursacht durch die Macht der Banken, Finanzinvestoren, Ratingagenturen und Konzerne, geht auch an der BRD nicht spurlos vorbei. Auch hier werden Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Unsicherheit weiter zunehmen. Die Weichen zum Ausbau der Macht der Reichen sind bereits gestellt, parlamentarische und demokratische Rechte werden im Gleichklang mit den sozialen Rechten abgebaut.

Unsere Antwort darauf kann nur sein:

■ Den gemeinsamen Forderungen  
Lesen Sie weiter auf Seite 2

**Fortsetzung von Titelseite**

gen mit Aktionen und Aktivitäten noch mehr Nachdruck verleihen!

- Noch mehr Menschen überzeugen, dass sich kämpfen lohnt – und dass es erfolgreich sein kann, wenn wir an einem

Strang ziehen!

- Über unseren Tellerrand hinaus blicken und beginnende europaweite Bewegungen stärken, solidarisch sein mit denen, die Widerstand in anderen Ländern gegen die Sparkurse ihrer Regierungen entwickeln.
- Gemeinsam über gesellschaftli-

che Alternativen diskutieren – z.B. über Wege zum Sozialismus.

- Und nicht nur warten auf bessere Zeiten, bereits heute dabei sein und erste Schritte durchsetzen!
- Wir sind viele, die fordern: Umfairteilen jetzt!



**Aufruf zum Aktionstag:**

**„Umfairteilen – Reichtum besteuern!“  
Leere öffentliche Kassen treffen uns alle**

Immer mehr Schulen und Universitäten sind in marodem Zustand. Bibliotheken und Schwimmbäder schließen. In der Alten- und Krankenpflege herrscht entwürdigender Spardruck. Die Zahl der Kitaplätze ist weiter viel zu gering und notwendige Investitionen in Energiewende und Nahverkehr bleiben aus.

Die Finanznot der öffentlichen Haushalte trifft uns alle. Seit Jahren werden die öffentlichen Kassen ausgetrocknet.

Erst durch üppige Steuergeschenke an Reiche und Konzerne, zuletzt durch riesige Rettungspakete für Banken und gegen die andauernde Finanzkrise.

Dabei ist eigentlich mehr als genug Geld da: Der öffentlichen Armut in Deutschland steht ein Privatvermögen von über acht Billionen Euro gegenüber.

Allein die privaten Vermögen des reichsten Prozents sind höher als alle öffentlichen Schulden in Deutschland zusammen.

**Demokratie und sozialer Zusammenhalt sind bedroht**

So aber wird die Situation immer bedrohlicher: Für die Folgen der Finanzkrise sollen in ganz Europa die Menschen mit Lohn- und Sozialkürzungen bezahlen.

Die Spekulanten an den Finanzmärkten hingegen lässt man gewähren. Ungeniert treiben sie ganze Staaten mit ihren Wucherszinsen immer weiter in die Schuldenfalle. Auf der Strecke bleibt die Demokratie, wenn nur noch der Rotstift regiert und es für die Politik fast nichts mehr zu gestalten gibt.

Zugleich wächst in Deutschland die Kluft zwischen Arm und Reich rasant. Jedes siebte Kind ist mittlerweile auf Hartz IV angewiesen. Millionen Menschen werden mit Niedrig- und Armutslohnen abgepeist.

Und für immer mehr Menschen reicht die Rente für ein Alter in Würde nicht mehr aus. Der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist ernsthaft bedroht. Wohin das führen kann, zeigen die USA: Vorstadtviertel im Elend, eine hohe Kriminalitätsrate und Reichenviertel hinter Stacheldraht und Alarmanlagen.

**Geld ist genug da – umfairteilen!**

In dieser Situation gibt es nur einen seriösen Ausweg: Das wachsende Privatvermögen der Reichen und Superreichen muss endlich wieder besteuert werden.

Sie müssen dringend zur Finanzierung der notwendigen öffentlichen Ausgaben und zum Abbau der Staatsverschuldung herangezogen werden.

Dazu fordern wir: eine dauerhafte Vermögenssteuer sowie einmalige Vermögensabgabe, am besten europaweit koordiniert, einen konsequenten Kampf gegen Steuerflucht und Steueroasen und eine Steuer auf Finanzmarktgeschäfte, gegen die Spekulation und zur Bekämpfung der Armut, weltweit.

Rudolph Bauer / Holdger Platta (Hrsg.)

**KALTES LAND**

Gegen die Verrohung der Bundesrepublik Für eine humane Demokratie  
Erschienen im Juni 2012, 252 Seiten, 22,90 Euro, ISBN: 978-3-942281-24-9

Ein notwendiges und überfälliges Buch: Ist die bundesdeutsche Gesellschaft auf dem Weg in einen »kalten Faschismus« (H. Platta), und ist Hartz IV »Ein Bürgerkrieg der politischen Klasse gegen die arm Gemachten« (Prof. F. Hengsbach)?

Mit einem Vorwort von Stéphane Hessel und weiteren Texten u. a. von Christoph Butterwege und Frigga Haug.

»Analysen ... (auf) hohem Niveau«  
(Albrecht Kieser, WDR 3)

»... eine gute Grundlage ... sehr zu empfehlen.«  
(Karin Gerlich, SoZ 9/2012)

Jürgen Bruhn

**OKKUPIERTE WELT**

Wie der Kapitalismus das Leben bedroht und die Welt zerstört

Erscheint zur Buchmesse Frankfurt im Oktober 2012, 170 Seiten, 19,80 Euro, ISBN: 978-3-942281-30-0

Wenn die Menschheit weiter existieren will, kann sie den Finanz- und Turbokapitalismus nicht mehr gewähren lassen. Das Buch ruft dazu auf, diesem Prozess Widerstand zu leisten und eine neue Ökonomie aufzubauen. Die Zeit drängt.



Der LAIKA-Verlag veröffentlicht neben seinem allgemeinen Programm die Reihen BIBLIOTHEK DES WIDERSTANDS, THEORIE, DISKURS und Marxist Pocket Books. Weitere Infos unter

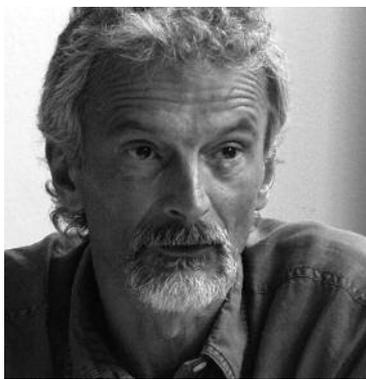
[WWW.LAIKA-VERLAG.DE](http://WWW.LAIKA-VERLAG.DE)

**Impressum**

UZ-EXTRA der sozialistischen Wochenzeitung UZ. ISSN 0943-4216. Herausgeber: DKP-Parteivorstand. Redaktion UZ-Extra: Wolfgang Teuber, Vi.S.d.P.: Wolfgang Teuber, Chefredakteur. Hoffnungstr. 18, 45127 Essen. www.unsere-zeit.de, Druck: Uniondruck, Berlin Fotos: Deymann, dpa

# Arbeitslosigkeit von Gipfel zu Gipfel

## Typisch Kapitalismus:



**Detlef Fricke**  
Vorsitzender der DKP  
Niedersachsen

**H**ält der Trend an, dann bekommt das Kürzel EU27 ab nächstem Jahr eine neue Bedeutung: Erwerbslosen-Union mit 27 Millionen. Im Juli dieses Jahres waren bereits 25 Millionen EU-Bürger ohne Arbeit, zwei Millionen mehr als vor einem Jahr. Seit Beginn der Finanzkrise ist die Arbeitslosenquote in der EU27 von 6,9 Prozent (2008) auf 10,4 gestiegen (Eurozone auf 11,3), in vier Jahren ein Anstieg um 51 Prozent (+ 8,5 Millionen).

Geradezu dramatisch ist der Anstieg in den südlichen Krisenländern der Eurozone, hier haben sich die Quoten verdoppelt bis verdreifacht: In Spanien von 9,0 auf 25,2 Prozent, Griechenland 7,7 auf 23,1, Portugal von 8,4 auf 15,4 Prozent, Italien von 6,5 auf 10,7 Prozent. In Spanien und Griechenland ist jeder Vierte ohne Arbeit. Zur Katastrophe wird die Arbeitsplatzmisere bei Europas Jugend – ihr wird die Zukunft geklaut. In

Spanien findet mehr als jeder zweite Jugendliche unter 25 Jahre keine Arbeit: 52,9 Prozent, in Griechenland sind es gar 53,8, Portugal 36,4, Italien 35,3 Prozent. Die Spardiktate von Kanzlerin Merkel und der Troika (EU-Kommission, EZB und IWF) haben diese Länder in eine verheerende Rezession gestürzt. „Sparen“ heißt eben auch Einsparung von Stellen im öffentlichen Dienst, im Gesundheitswesen und Bildung; es heißt bei der Bezahlung der arbeitenden Menschen zu sparen, auch Einsparung von Massenkauflkraft durch Beschneidung der Renten und anderen Sozialleistungen.

Doch jetzt scheint der Sparhammer auf die Urheber zurück zu fallen: Die deutschen Exporte in die Südländer sind in den letzten Monaten eingebrochen und das Minus wird auch nicht mehr durch entsprechende Ausfuhrzuwächse in die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) kompensiert. Denn auch dort sin-

ken die Wachstumsraten der BIPs, nicht zuletzt wegen verschlechterter Absatzchancen in die EU. Die Austerity-Politik der EU-Gewaltigen machte Europa zum hochansteckenden Krisenherd für die gesamte Weltwirtschaft. Die Eurozone befindet sich bereits seit dem zweiten Quartal 2012 in der Rezession. In der zweiten Jahreshälfte wird sich die Krise verschärfen, da der deutschen Exportwalze der Dampf ausgeht und auch die deutsche Wirtschaft in den Rezessionsstrudel gerät.

Als Therapie würde eine Kaufkraftsteigerung durch Lohnsteigerungen helfen, die an die an die Profite der Konzerne gehen. Und ein Beschäftigungs- und ökologisches Umbauprogramm mit Schwerpunkt Energiewende, finanziert aus den brachliegenden Billionengeldschätzen der Millionäre. Jede Milliarde, die den Reichen zusätzlich weggesteuert wird, kann für mehr Arbeit, z. B. im Öffentlichen Dienst, ausgegeben werden.

### Ja, ich will:

- mehr Infos über die DKP und ihr Programm
- Kontakt zu einer DKP- Gruppe in meiner Nähe

Name  Vorname

Straße, Nr

PLZ / Ort

Ausfüllen & abschicken an: DKP-Parteivorstand, Hoffnungstr. 18 45127 Essen  
E-Mail: dkp.pv@t-online.de

[www.DKP.de](http://www.DKP.de) • [www.kommunisten.de](http://www.kommunisten.de)

# Typisch Kapitalismus:



**UmFAIRteilen** fordern ver.di und attac, Wohlfahrtsverbände und DGB-Jugend und viele andere mehr. Die DKP unterstützt sie dabei; denn vom Umverteilen haben die Arbeitenden genug, deren Löhne in 10 Jahren 4,5 % Kaufkraft verloren, während die Zahl der Millionäre und Milliardäre ständig wuchs. Möglich wurde das auch durch die Hartz-Gesetze. Sie schufen einen Niedriglohnsektor mit aufeinander folgenden Befristungen bei immer denselben Unternehmen, Zeit- und Leiharbeit zu Hungerlöhnen und dem Zwang, als Erwerbsloser dann weit unter Tarif arbeiten zu müssen. Dass Jugendliche nach der



**Volker Metzroth, Mitgl. DKP-Parteivorstand**

Ausbildung in feste Arbeitsverhältnisse übernommen werden, Zukunftspläne machen können,

das gibt's nur noch für zu wenige.

Wie gedruckt und gesendet, log man den Arbeitenden vor, ihre arbeitslosen Kollegen lebten gut auf ihre Kosten. Spät erst erkannten viele, dass Hartz IV die Arbeitslosen, nicht die Arbeitslosigkeit bekämpft, dass es aber auch der Knüppel ist, mit dem das Kapital den Beschäftigten droht. „Lohnverzicht, längere Arbeitszeiten ohne Ausgleich, akzeptiert es, oder ihr geht selbst den 365 Tage kurzen Weg ins Verarmungsprogramm.“

Der „Sozialklimbim“ ist dem Kapitalismus wesensfremd, seit dem 9.11.89 wird das Schaufenster zum Osten nicht mehr gebraucht, die Auslagen werden abgeräumt. Paritätische Krankenversicherung? Einseitige Beitragserhöhungen, Zuzahlungen und Selbstbeteiligungen fressen karge Lohnerhöhungen auf. Gesichertes Alter? Die Rente ab 67 ist ein Senkungsprogramm. Arbeiten bis 70 oder 80, tönen Schnösel von der Jungen Union und Clement, einst Wirtschaftsminister unterm Basta-Kanzler.

Längst über 41 Stunden reale

Wochenarbeitszeit, nicht erfasste Überstunden, nicht bezahlte Arbeit in Freizeit und Urlaub, teils unmenschlicher Leistungsdruck machen krank. Wer nicht olympiareif ist kann gehen. Stress und Arbeit ohne Ende für die Beschäftigten, Erwerbslosigkeit für real fast 6 Millionen sind zwei Seiten einer Medaille. Viele Teilzeiter, meist Frauen, haben zu wenig Stunden, um über die Runden zu kommen. Die 35-Stunden-Woche mit Lohn- und Personalausgleich muss wieder auf die Tagesordnung. Damit alle eine Erwerbsarbeit haben können, ohne dabei kaputt zu gehen. Zeit- und Leiharbeit gehören verboten, Hartz IV muss weg.

Unbezahlbar? Nur dann, wenn weiter ein Großteil dessen, was zig Millionen erarbeiten, als leistungsloses Einkommen, kaum versteuert, auf den Konten der Milliardäre landet. Freiwillig haben die noch nie was rausgerückt. Die UmFAIRteilung muss erkämpft werden, politisch und gewerkschaftlich, auf der Straße und im Betrieb.

**ISW** *institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.* **analysen. fakten. argumente.**



Warum ist die Euro-Zone heute das Epizentrum der globalen Krise? Welche strukturellen Konstruktionsfehler weist der Euro-Raum von Anfang an auf? / Warum verfolgt Berlin eine Politik der Euro-Rettung, die das Scheitern des Euro in Kauf nimmt? Wie hoch wären die Kosten bei einer Trennung der Euro-Zone in "Euro-Nord" und "Euro-Süd" oder der Rückfall in nationale Währungen? / Zerbricht der Euro? / Welche Ideen präsentieren die Ökonomen, die sich einen heftigen Streit über Ursachen und Lösungen der Krise liefern? / Wie müsste ein "anderes Europa" der Solidarität und der Demokratie aussehen?

**isw-report 90**  
Sept. 2012 / 18 S. / 3,00 EUR + Vers.  
isw e.V., Johann-von-Werth-Straße 3,  
80639 München. fon 089-130041,  
fax 1689415 isw\_muenchen@t-online.de

weitere Infos und alle lieferbaren isw-Publikationen siehe **www.isw-muenchen.de**

**In Erwägung: es will euch nicht glücken  
Uns zu schaffen einen guten Lohn  
Übernehmen wir jetzt selber die Fabriken  
In Erwägung: ohne euch reicht's für uns schon.**

*Aus: Bertolt Brecht – Resolution der Kommunarden*



Typisch Kapitalismus:

# Schulden machen die Kommunen kaputt

# Kaputt

**M**it 117 Milliarden € sind die Kommunen der BRD verschuldet (Stand 2010). Die Kommunen in NRW mit 44 Mrd € (Ende 2011), meine Heimatstadt Essen mit 3,3 Mrd. € (Stand heute). Woher kommen diese Schulden und wem nutzen sie?

Seit Jahren belasten Bundes- und Landesregierungen, egal ob unter Beteiligung von CDU, SPD, Grüne oder FDP die Kommunen mit zusätzlichen Leistungen ohne ihnen dafür Mittel zu geben. Ein schlimmes Beispiel, die Hartz-Gesetze, die maßgeblich verantwortlich sind, dass die Sozialausgaben der Kommunen von 30,5 Mrd. € im Jahr 2003 auf 42 Mrd € im Jahr 2010 gestiegen sind. Dazu kommt eine Politik der Entlastung



**Patrik Köbele, Stellvertr. DKP-Vorsitzender**

von Konzernen und Reichen zu Lasten der Kommunen, ebenfalls

unabhängig vom bürgerlichen Parteibuch. SPD/Grün senkte den Spitzensteuersatz und die Körperschaftssteuer, SPD/CDU nochmal die Körperschaftssteuer, CDU/FDP die Unternehmenssteuern und die Erbschaftssteuer. Und in den Kommunen selbst? Klar, dort gibt es sie auch die Geschenke an die Konzerne und die Politik für die Reichen. Das macht die Kommunen kaputt und nicht die „Bürger, die über ihre Kosten leben“. Und ich behaupte das geschieht bewusst. Denn die Verschuldung der Kommunen, die nützt auch wem, den Banken und Konzernen. Die einen kassieren Zinsen und zwar gar nicht schlecht, alleine an meiner Heimatstadt Essen mindestens 100 Millionen € im Jahr, die anderen kaufen sich die „Schnäppchen“, die „wegen der Schulden“ dann privatisiert werden.

Und die Menschen? Sie erleben, wie Schwimmbäder, Sportplätze, Bibliotheken geschlossen werden. Da wird das Mittagessen in Schulen teurer oder ganz gestrichen, verfallen Schulen.

Aber jetzt wird alles besser? In vielen Bundesländern gibt es jetzt „großzügige Hilfspakete“ für die Kommunen, in NRW nennt sich das „Stärkungspakt Kommune“. Pustekuchen! Diese „Geschenke“ sind genauso vergiftet, wie die „Hilfen“ an Griechenland. Sie sind verbunden mit den drastischsten Auflagen für die Verschärfung des Kaputtsparens.

Andererseits, vergleicht man die Verschuldung der Kommunen (117 Mrd. €) mit den Summen, die in den vergangenen Jahren im Zuge von Rettungspaketen an

■ **Schulden aller BRD-Kommunen: 117 Mrd. €, NRW-Kommunen: 44 Mrd. €, davon 21,6 Mrd Kassenkredite.**

■ **Alleine an der Schuldensituation der Stadt Essen machen die Banken pro Jahr mindestens knapp 70 Millionen € Profit, das ist mehr als das 7-fache der Kosten aller Bibliotheken in Essen.**

■ **Allein die Zinsen für die kurzfristigen Kassenkredite der Kommunen in NRW bringen den Banken 1,6 Mrd € pro Jahr.**

Banken und Konzerne geflossen sind, dann ist das nur ein Bruchteil. Warum? Die Sprache der Herrschenden ist verräterisch: Banken und Konzerne sind „systemrelevant“ – Kommunen und Menschen nicht.

Einfacher kann man Kapitalismus nicht beschreiben. Wenn wir Menschen systemrelevant werden wollen, werden wir ihn wohl abschaffen müssen. Beginnen können wir mit dem Kampf gegen den sozialen Kahlschlag in den Kommunen.

**MARXISTISCHE BLÄTTER**  
www.marxistische-blaetter.de

**Um „fair“teilung**

★ Kürzer arbeiten  
★ Mehr Demokratie

**nur 9,50 €**

**MARXISTISCHE BLÄTTER**  
www.marxistische-blaetter.de

**KÜRZER ARBEITEN**

Mit Beiträgen von Jörg Mehn, Volker Metzsch, Wilko Richter, Ralf Reinhold, Ursula Mollenberg, Achim Rigus, Jacques Rigaudat/Proff de Gouché, Udo Pöcker u. a.

**Zwei Hefte zum fairen Preis von einem**

6 Hefte im Jahresabonnement 48,- € ermäßigt 32,- €

**Neue Impulse Verlag**  
Hoffnungstraße 18  
45127 Essen  
Tel.: 0201-24 86 482  
info@neue-impulse-verlag.de



**Wera Richter, Mitgl. DKP Parteivorstand**

Immer mehr Jugendliche werden auf das Abstellgleis geschoben und haben kaum Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben. Ihre Schulbildung hängt in erster Linie vom Geldbeutel der Eltern ab, die soziale Selektion ist ungebremst. Die Schulreformen der Länder haben bei aller Unterschiedlichkeit eines gemeinsam: Sie tasten die Gymnasium als Schule für Wenige

Tarifrunde aber wichtige Erfolge für Azubis, nämlich ihre unbefristete Übernahme im Betrieb, durchsetzen. Zumindest „in der Regel“. Das zeigt: Kämpfen lohnt sich!

Jugendliche sind besonders betroffen von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise. Sie sind die ersten, die gefeuert oder in Leih- bzw. Kurzarbeit geschickt werden. Auch sie sind Opfer von „Sparpaketen“ und der gesetzlichen Schuldbremse. Unmittelbare Folgen des verordneten Sparzwangs in den Kommunen sind Lehrermangel, schimmelnde Klassenzimmer und marode Turnhallen sowie das Aus für Sportvereine, Schwimmbäder und Bibliotheken.

Die DKP kämpft gemeinsam mit der SDAJ für die Rechte der Jugend, sie setzt sich mit der Bildungsstreikbewegung für kostenfreie Bildung ein und fordert die gesetzliche Verpflichtung zur Ausbildung und Übernahme im erlernten Beruf.



nicht an. Kinder aus armen Familien werden in regelrechte Restschulen abgeschoben.

Zehntausende Jugendliche haben auch in diesem Jahr keinen Ausbildungsplatz gefunden, werden vertröstet, landen in sinnlosen Warteschleifen oder unbezahlten Praktika. Jugendliche, die nicht von Hartz IV abhängig sind, arbeiten immer häufiger in prekären Jobs, in Leiharbeit, mit Kettenbefristungen und Werkverträgen. Normalarbeitsverhältnisse sind für Jugendliche die Ausnahme. Die IG Metall konnte in der zurückliegenden

**Eine Schule für alle!**  
 Die DKP unterstützt die bundesweite Aktionswoche der Bildungsstreikbewegung Mitte November mit der Hauptforderung nach kostenfreier Bildung – in Schule, Betrieb und Universität. Für den 10. November lädt die DKP zu einer bildungspolitischen Konferenz nach Frankfurt am Main, um über ihre Forderungen und ihr Konzept einer Schule für alle zu diskutieren.  
[www.bildungsstreik.de](http://www.bildungsstreik.de)



Die Wochenzeitung UZ – unsere zeit – ist unverzichtbar, denn sie schreibt dort weiter, wo andere Medien längst schweigen.  
 Themenschwerpunkte:  
 Demokratische Bewegungen, Wirtschaft & Soziales, Frauenrechte, Innen- und Kommunalpolitik, Internationale Entwicklungen, Jugend, Antifaschismus, Marxistische Theorie, Feuilleton.

**Jetzt 4 Wochen kostenlos probelesen!**

Name \_\_\_\_\_  
 Vorname \_\_\_\_\_  
 Straße / Haus-Nr. \_\_\_\_\_  
 PLZ / Ort \_\_\_\_\_  
 Telefon \_\_\_\_\_  
 E-Mail-Adresse \_\_\_\_\_

*Sie erhalten die DKP-Zeitung UZ 4 Wochen kostenlos und unverbindlich. Das Abo endet automatisch.*  
 Bestellung: CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18  
 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • [vertrieb@unsere-zeit.de](mailto:vertrieb@unsere-zeit.de)

# Nie wieder Krieg



Nina Hager, Stellvertr.  
DKP-Vorsitzende



1945 zogen viele Menschen nach dem verheerenden Weltkrieg auch im zerstörten und niedergedrungenen Deutschland aus dem Erlebten Schlussfolgerungen. Ihre Forderung lautete: „Nie wieder Krieg!“

Doch die Kriege fanden kein Ende: In Afrika, in Asien, im Nahen und Mittleren Osten.

Es ging dabei – wie heute in Afghanistan, Libyen oder Syrien – nie um „Freiheit und Demokratie“, sondern um geostrategische Vorteile und den Zugriff der großen Konzerne auf knapper werdende Rohstoffe. Vor allem die US-dominierte aggressive NATO setzt sich

über das Völkerrecht hinweg. Die Hunderttausenden, ja Millionen meist zivilen Opfer interessieren nicht. Mit Gewalt soll der Widerstand gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Armut in Schach gehalten werden.

Heute ist Deutschland wieder Kriegspartei. 1999 war man im Krieg der NATO gegen Restjugoslawien mit dabei, unterstützte andere Kriegshandlungen durch Aufklärungsflüge und Überflugrechte. Heute ist die Bundeswehr in vielen Krisenregionen der Welt und in Kriegsgebieten – im Kosovo,

am Horn von Afrika, in Afghanistan – selbst im Einsatz.

Und sie ist auch im Nahen Osten aktiv, wo eine Ausweitung des syrischen Konfliktes auf die ganze Region und ein Krieg gegen den Iran droht. Deutschland ist beteiligt an den Kampagnen gegen die syrische Regierung, spioniert für die Islamisten in Syrien, schickt U-Boote nach Israel, Panzer nach Saudi-Arabien.

Doch Frieden, Abrüstung und Achtung der nationalen Souveränität anderer Staaten ist das Gebot der Stunde!

## Wir fordern:

**Schluss mit der Einmischung der NATO und auch Deutschlands im Nahen und Mittleren Osten!**

**Stoppt alle deutschen Rüstungsexporte!**

**Deutschland muss seine Beteiligung an Militäreinsätzen der NATO und der EU sofort beenden!**

**Wir fordern Investitionen in Arbeitsplätze, Bildung, Kultur, Gesundheit statt Geld für Militarisation, Rüstung und Kriegseinsätze!**

## Bessere Zeiten für Frauen – umfairteilen!



Susanne Bauermann  
Leiterin des Frauen-  
arbeitskreises des Partei-  
vorstandes der DKP

**F**ür Frauen sind die Zeiten wirklich nicht rosig. Mit den Schuldenbremsen auf allen

Ebenen werden zunehmend Frauen in einen Schraubstock gezwungen, der die noch vorhandenen Reserven herauspresst. Den Kahlschlag sozialer Leistungen (u. a. Kultur, Kindergärten, Krippen) in den Kommunen spüren wir Frauen besonders. So wird der Spagat zwischen Arbeit und Familie immer unerträglicher. Schon 2001 wurden beispielsweise 96 Milliarden unbezahlte Stunden im Familienbereich vor allem von Frauen geleistet. Der Druck auf Frauen wächst weiter, da auch eine große Lücke in der Versorgung älterer und kranker Menschen entstanden ist. Der Staat zieht sich immer mehr zurück und hinterlässt Mondland-

schaften im Versorgungsbereich. Frauen haben durch die eigene Berufstätigkeit, Flexibilisierung und prekäre Beschäftigung immer weniger Zeit und Kraft, die Versorgung der Familie zu gewährleisten. So erleben wir derzeit ein Schauspiel der Merkel-Regierung in Sachen Kinderbetreuung und Betreuungsgeld, das seinesgleichen sucht. Seit Jahren ist bekannt, dass im Krippen- und Hortbereich eine extreme Unterversorgung herrscht. Nach dem Kinderförderungsgesetz besteht bundesweit ab 1. Juli 2013 ein Rechtsanspruch für alle unter Dreijährigen auf einen Krippenplatz mit einer Betreuungsquote von 35 Prozent. „Diese Garantie wird nicht einlös-

bar sein“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg. Damit melden die Kommunen: das ist nicht zu schaffen. Die Nachfrage der Eltern ist zwar sehr groß, aber es gibt weder genügend Geld noch ausreichend Erzieher für eine Betreuung. Die Lasten der Krise werden also an die Frauen à la Merkel-Regierung weiter gereicht. Die Maschinerie aus Banken, Konzernen, Politik und Spekulanten wird hingegen weiter geschmiert. Deshalb muss ein Anfang gemacht und für uns Frauen umfairteilt werden! Umfairteilen heißt auch: Arbeitszeitverkürzung (6 Stunden sind genug!) und gleiche Löhne!

# UM *fair* TEILEN

# Reichtum

# besteuern!

## Bundesweiter Aktionstag

## Samstag 29.9.2012

**Braunschweig:** 12.00 Uhr Straßenaktion in der Innenstadt, Abschlusskundgebung ab 14.00 Uhr.

**Mannheim:** 14.00 Uhr rund um den Paradeplatz Kulturprogramm, um 15.30 Uhr Demonstration zum Alten Messplatz.

**Bayreuth:** 12.00 Uhr UmFairteilen Rückwärtsdemo, Fußgängerzone, Am Markt.

**Norden:** Aktionstag <http://www.attac-netzwerk.de>

**Osnabrück:** von 10.00 Uhr bis 13.00 Uhr in der Innenstadt Informationsmeile, anschließend Demonstration.

**Göttingen:** kreative Aktionen, anschließend zentrale Kundgebung.

**Saarbrücken:** von 11.00 Uhr bis ca. 12.30 Uhr Kundgebung in der Fußgängerzone, Eingang der Europa-Galerie (ehemals Spiegelbrunnen).

**Kempten:** von 9.30 Uhr bis 12.00 Uhr Aktionen in der Fußgängerzone.

**Hannover:** von 12.30 Uhr bis 15.00 Uhr Aktionsmeile mit Kulturprogramm am Schillerdenkmal, anschließend Demonstration.

**Kandel:** von 11.00 Uhr bis 16.00 Uhr Kundgebung am Alten Rathaus in der Hauptstraße.

**In Regensburg:** von 12.00 Uhr bis 16.00 Uhr Aktion auf dem Haidplatz.

**Lippstadt:** Aktion in der Innenstadt.

**Günzburg:** von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr Aktionen am

Bürgermeister-Landmann-Platz.

**Bremen:** von 11.00 Uhr bis 14.00 Uhr am Marktplatz: Die verschiedenen Gruppen des Bremer Bündnisses präsentieren ihre Ideen zur Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit.

**Hamburg:** 12.00 Uhr Auftaktkundgebung am Adolphsplatz hinter dem Hamburger Rathaus. Ab 12.30 Uhr steht die Menschenkette. 13.00 Uhr drei Demonstrationzüge Richtung Rathaus. Ab 13.15 Uhr Abschlusskundgebung auf dem Rathausmarkt.

**Köln:** 12.00 Uhr Auftaktveranstaltung Roncalliplatz, Demonstration. Abschlusskundgebung 14.00 Uhr auf dem Heumarkt.

**Frankfurt am Main:** 12.00 Uhr Demonstration sowohl vom Kaisersack (Hbf) und vom Paulsplatz, 15.00 Uhr Abschlusskundgebung am Roßmarkt.

**Ruhr-Aktionstag in Bochum,** Zentrale Demonstration und Kundgebung für das Ruhrgebiet: Bochum Hauptbahnhof 12.00 Uhr. Info: <http://www.pott-umfairteilen.de/>

**Berlin:** Auftakt um 11.30 Uhr auf dem Potsdamer Platz. Abschlusskundgebung von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr am Neptunbrunnen, Nähe Rotes Rathaus, in Berlin Mitte.

**München:** 11.20 Uhr Auftakt zur Demonstration, Karlsplatz/Stachus.

Weitere Infos: <http://umfairteilen.de>